



Niederschrift Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

Sitzungstermin:	Dienstag, 24.04.2012
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	22:36 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	STV/014/12

- 1 Bericht des Magistrats
- 2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
- 2. Änderung des Flächennutzungsplans
- Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Industriegebiet Ost"
- Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans "Die Grabenäcker"
Vorlage: 0065/S/12
- 4 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;
- Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans "Östlich der Ringstraße - 1. Abschnitt" gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB)
- Anordnung der Baulandumlegung gem. §§ 46 ff BauGB
Vorlage: 0068/S/12
- 5 Gewährung eines Investitionszuschusses an den Deutschen Kinderschutzbund Ried e.V.;
hier: Neubau einer Kinderkrippe/Kinder- und Familienzentrum
Vorlage: 0073/S/12
- 6 Bürger-Solarstromanlage "Regenrückhaltebecken Heidelberger Straße"
hier: Prüfantrag der Fraktion GuD vom 15.03.2012 sowie Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion vom 29.03.2012
Vorlage: 0067/S/12
- 7 Städtebauliche und baurechtliche Beplanung der Rheinstraße von der Wormser Straße bis zum Fährhaus und der Schifferstraße von Fährhaus bis zur Hafenspitze
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012
Vorlage: 0071/S/12
- 8 Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren in Gernsheim, Allmendfeld und Klein-Rohrheim
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012
Vorlage: 0072/S/12
- 9 Wohnmobilparkplatz an der Wiese vor der Wasserschutzpolizei
hier: Prüfantrag der FWG-Fraktion vom 27.03.2012

- Vorlage: 0080/S/12
- 10 Verbesserung der Gesamtsituation Kindertageseinrichtungen in der Schöffersstadt Gernsheim
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0081/S/12
- 11 Erarbeitung eines Kinderschutzburgenprogramms und Kinderstadtplans
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0082/S/12
- 12 Jährlicher Tätigkeitsbericht des Kulturamtes
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0083/S/12
- 13 Beteiligung der Stadt Gernsheim am Projekt "Stolpersteine"
hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2012
Vorlage: 0084/S/12
- 14 Nichtverkauf der Nassauischen Heimstätte
hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2012
Vorlage: 0085/S/12
- 15 Vermarktung von Grundstücken über das Internet
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012
Vorlage: 0086/S/12
- 16 Digitaler Flächennutzungsplan
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012
Vorlage: 0087/S/12
- 17 Nutzung des Vortragsraumes im Peter-Schöffers-Haus als Trauzimmer
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2012
Vorlage: 0089/S/12
- 18 Anfragen

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt begrüßt alle Anwesenden, besonders Herrn Winter von der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Er teilt mit, dass die Stadtverordneten Albrecht, Gils und Rudolf Schmitt für die heutige Sitzung entschuldigt sind.

Des weiteren teilt er folgendes mit:

Zu TOP 5 – Gewährung eines Investitionszuschusses an den Deutschen Kinderschutzbund

sowie

Zu TOP 6 – Bürgersolarstromanlage „Regenrückhaltebecken Heidelberger Straße“

erfolgte in den Ausschüssen keine Abstimmung da seitens der Fraktionen signalisiert wurde, dass noch weiterer Beratungsbedarf besteht.

Zu Top 7 – Städtebauliche und baurechtliche Bepanung der Rheinstraße

Dieser Antrag wurde im Bauausschuss in einen Prüfantrag umgewandelt.

Zu TOP 9 – Wohnmobilparkplatz an der Wiese vor der Wasserschutzpolizei

Auch hier waren noch einige Fragen offen. Herr Vorsitzender Rudolf Schmitt hat in der Ausschusssitzung bereits signalisiert, dass zu der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ein modifizierter Antrag seitens der FWG-Fraktion vorgelegt wird.

Zu TOP 10 – Verbesserung der Gesamtsituation Kindertageseinrichtungen

Hier liegt ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 sowie ein Ergänzungsantrag der Fraktion GuD vom 15.04.2012 vor.

Einvernehmlich wurde vereinbart, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis nach der Sommerpause geschoben werden soll. In der Zwischenzeit wird die Verwaltung wegen der gebotenen Dringlichkeit, die sich aus dem ab September 2012 beginnenden Kindergartenjahr ergibt, mit Herrn Loos, Kinder- und Jugendförderung in der Gemeindeverwaltung Büttelborn, Kontakt aufnehmen und die dort gemachten Erfahrungen mit dem bei uns zur Einführung anstehenden Modulsystem abfragen. Diese Informationen werden dann allen Stadtverordneten vor der Entscheidung rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 13 – Beteiligung der Stadt Gernsheim am Projekt „Stolpersteine“

Der/die gestellten Anträge werden in die nächste Runde verschoben, da Herr Vorndran diesbezüglich bereits eingeladen wurde und im Ausschuss für JKSS am 10.05.2012 zu dem Thema referieren wird.

Zu TOP 14 – Nichtverkauf der Nassauischen Heimstätte

Dieser Antrag ist als Resolution zu verstehen. Diese Resolution wurde Ihnen nochmals auf Ihren Tischen verteilt, da seitens der Antragsteller eine zweite Seite angehängt wurde, die nicht zu dem Antrag 0085/S/12 passte. Dies wurde entsprechend korrigiert und von der Verwaltung nochmals kopiert.

Zu TOP 15 – Vermarktung von Grundstücken über das Internet

Dieser Antrag wurde seitens des Antragstellers nach den Ausführungen des Bürgermeisters zurückgezogen.

Weiterhin teilt Herr Stadtverordnetenvorsteher mit, dass am 01.04.2012 Herr Johannes Grüll verstorben ist. Es folgt eine Gedenkminute.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den TOP 19 – An- und Verkauf in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD, 1 FWG, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 3 (GuD)
Enthaltung : 1 (GuD)

Abschließend gratuliert er Herrn Roland Kramer zu seinem 60. Geburtstag und überreicht eine Flasche Champagner.

1 Bericht des Magistrats

Im Rahmen des Magistratsberichts informiert Herr Bürgermeister Burger die Anwesenden über folgende Punkte:

1.1 Erneuerung der Anschlussstelle Gernsheim der A 67, L 3112

(1) Mit Schreiben vom 3. Februar 2012 ist die Stadt Gernsheim an Herrn Staatsminister Dieter Posch vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung herangetreten, und hat um Auskunft zum Sachstand zur geplanten Erneuerung der Anschlussstelle Gernsheim der A 67 mit der Anlage von Beschleunigungs- und Verzögerungsspuren gebeten.

(2) Mit Schreiben vom 4. April 2012 hat Herr Staatsminister Posch auf unser Schreiben geantwortet. Er führt u. a. aus:

„Die Planung des 6-streifigen Ausbaus der A 67 zwischen dem Autobahnkreuz Darmstadt und der Anschlussstelle Lorsch erfolgte bisher in einer gemeinsamen Planung mit der DB-AG zum Bau der ICE-Neubaustrecke Rhein/Main - Rhein/Neckar. Im Rahmen der Bedarfsplanüberprüfung Schiene wurden die Planungen der DB-AG zurückgestellt.

In einem Gespräch mit dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und der DB-AG wird mein Haus in Kürze das weitere Vorgehen abstimmen. Sofern die gemeinsame Planung weiter geführt werden soll, könnte bis Ende 2013 das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden. Sollte der Bund an der Zurückstellung der Planung der ICE-Neubaustrecke festhalten, wird angestrebt, die Planungen für die Anschlussstelle Gernsheim und ggf. der A 67 in einem separaten Verfahren weiterzuführen und das Planfeststellungsverfahren vorzubereiten.

Auch mir liegt ein zügiger Fortgang der Planung für den 6-streifigen Ausbau der A 67 zwischen dem Autobahnkreuz Darmstadt und der Anschlussstelle Lorsch am Herzen, um möglichst bald eine Verbesserung für die Verkehrsteilnehmer in diesem Bereich herbei führen zu können.“

1.2 Städtepartnerschaft mit Swiecie/Polen

(1) Vom 6. bis 10. August 2012 wird ein Chor aus Swiecie in Polen die Stadt Gernsheim besuchen. Der Gesangsverein Sangerlust wird sich schwerpunktmäßig um die Betreuung der Gäste kümmern, die in Maria Einsiedel untergebracht sein werden. Unter anderem ist bereits die gemeinsame Gestaltung eines Gottesdienstes in Maria Einsiedel geplant.

(2) Die Stadt Swiecie hat erklärt, die Buskosten nur dann vollständig zu übernehmen, wenn der Bus voll besetzt ist.

(3) Der Chor und die Stadt Swiecie zeigen deshalb ein erhebliches Interesse daran, dass weitere Organisationen und Vereine mit Gernsheimer Vereinen in Kontakt kommen und an der Fahrt teilnehmen.

(4) Es gibt gegenwärtig den Wunsch, einen Austausch und eine Kooperation auch mit anderen Gernsheimer Vereinen neu zu gestalten.

An polnischen Interessenten gibt es derzeit:

- einen Seniorenclub
- einen Club aktiver Frauen
- eine Musikschule
- die Sonderschule in Swiecie
- die Pfadfinder
- das Haus der Kultur

(5) Wir möchten Sie hierüber informieren und Sie bitten, Ihre Kontakte dazu zu nutzen, Vereine und Organisationen anzusprechen, um nicht nur eine Vollauslastung des Busses zu erreichen, sondern vielmehr auch dafür Sorge zu tragen, dass sich die Kontakte zwischen Organisationen und Vereinen in Swiecie und Gernsheim weiter positiv gestalten.

(6) Seitens der Schöfferstadt Gernsheim ist vorgesehen, den Besuch zu begleiten. Ein Treffen interessierter Vereine und Gruppen fand am 11. April 2012 im Bürgersaal statt.

1.3 Änderung der Hessischen Gemeindeordnung

Bedingt durch die Änderungen der Hessischen Gemeindeordnung wird die Anpassung der Hauptsatzung sowie der Geschaftsbordnung für die Stadtverordnetenversammlung erforderlich.

Seitens der Verwaltung wird derzeit eine Vorlage zu beiden Punkten vorbereitet, die der Stadtverordnetenversammlung sowie den Ausschüssen zur vorbereitenden Beratung dienen soll. Eine Beschlussfassung ist wegen der vorgesehenen Beteiligung des Ältestenrates nach der Sommerpause vorgesehen.

1.4 Gewerbesteuer-rückzahlungen

Laut Mitteilung des Finanzamts Düsseldorf-Nord hat die Stadt Gernsheim an eine hier ansässige Firma eine Gewerbesteuerrückzahlung in Höhe von 387.000 Euro zu leisten.

Der Haushaltsansatz bei den Erträgen aus Gewerbesteuer belief sich auf 8,5 Mio. Euro. Aufgrund der erheblichen Mehrzahlungen einer anderen Firma überschreiten wir diesen Betrag nach heutiger Schätzung um 1,1 Mio. Euro. Davon verbleiben uns nach Abzug der Gewerbesteuer netto etwa 850.000 Euro.

Im Übrigen muss weiterhin darauf verwiesen werden, dass auch die jetzige Rückzahlung ein Beleg dafür ist, dass die Erträge aus der Gewerbesteuer starken Schwankungen unterliegen können.

Obwohl die Ertragserwartung für 2012 sehr hoch ist, haben wir auch ein erhebliches Einnahmerisiko. Eine sparsame Bewirtschaftung unserer Haushaltsmittel bleibt deshalb das Gebot der Stunde.

1.5 Aktionstag "Der Kreis rollt autofrei"

Am 13.05.2012 findet der Aktionstag „Der Kreis rollt autofrei“ statt.

Die für die Veranstaltung ausgewiesene Strecke wird an diesem Tag von 10 – 18 Uhr für den motorisierten Verkehr gesperrt sein.

In Gernsheim verläuft die Strecke über die Mainzer Straße und Biebesheimer Straße bis zur Einmündung Magdalenenstraße zum Start- bzw. Zielpunkt am Schöffersplatz.

Es wird auch in Gernsheim zu umfangreichen verkehrsregelnden Maßnahmen für den ruhenden und fließenden Verkehr kommen, die im Einzelnen bitte den Bekanntmachungen zu entnehmen sind.

Sämtliche Kreuzungs- und Einmündungsbereiche entlang der Strecke werden durch Verkehrszeichen Verbot der Einfahrt (VZ 250 StVO) sowie Sperrschranke (VZ 600 StVO) beschildert. Die Einbahnstraßenregelung in der Hafestraße wird aufgehoben. Die Zufahrt zur Rheinfähre wird für den motorisierten Verkehr aus Richtung Süden über die Wormser Straße gewährleistet.

Aufgrund verschiedener Veranstaltungen im Rahmen des Aktionstages werden die Parkplätze auf dem Schöffersplatz ab 12.05.2012, 12:00 Uhr sowie die Magdalenenstraße von der Einmündung Biebesheimer/Wormser Straße/ bis Einmündung Heiligenstraße am 13.05.2012 ab 10:00 Uhr bis Veranstaltungsende für den Fahrzeugverkehr gesperrt.

Wir bitten alle von der Sperrung betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden um Verständnis und Unterstützung. Ansonsten wird um Beachtung der aufgestellten Verkehrszeichen sowie um angemessene bzw. defensive Fahrweise gebeten.

Im Übrigen wird an diesem Tag auch die Gernsheimer Kerb gefeiert begleitet vom Verkaufsoffenen Sonntag der Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung.

1.6 Treppenhausgalerie im Stadthaus Gernsheim

Die Stadtverordnetenversammlung hatte in ihrer Sitzung am 07.12.2011 beschlossen, die Treppenhausgalerie hier im Stadthaus neu zu beleben.

Erfreulicherweise wird es in diesem Jahr zwei Treppenhausgalerien geben.

Die Eröffnung der ersten Treppenhausgalerie mit Werken von Frau Christel Moser findet am **Dienstag, 15.05.2012, um 18:00 Uhr**, vor der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung statt.

1.7 Baumfällarbeiten im Europagarten

Im Europagarten sollen nach Besichtigung durch Mitarbeiter des Bauhofs folgende Arbeiten zur Ausführung gelangen:

Aus Sicherheitsgründen müssen in einer ersten Arbeitsstufe die Spitzpappeln angrenzend an die Halle der Gernsheimer Hafenbetriebsgesellschaft entfernt werden. Diese haben ihre Altersgrenze erreicht und können jederzeit eine Gefährdung für die Verkehrssicherheit bedeuten.

- Eine Fachfirma muss zur Unterstützung und Absicherung bei der Sicherheitsfällung herangezogen werden.
- Die Hafenstraße muss deswegen für den fließenden und ruhenden Verkehr vorübergehenden gesichert und gesperrt werden. Hierbei ist eine doppelte Falllänge als Sicherheitsabstand einzuhalten.
- Der Gedenkstein der Heimatvertriebenen muss aus Sicherheitsgründen vorübergehend entfernt werden, da er im Fallbereich von mindestens einer Spitzpappel liegt.
- Nach der Fällung muss das Stammholz durch ein Fachunternehmen abtransportiert und auf einem geeigneten Platz gelagert werden
- Das Restmaterial wird durch den Bauhof abtransportiert.

Danach sind Baumstümpfe im Rasen- und Deichbereich sowie wild gewachsenen Büsche und Bäume angrenzend an das Gelände der Hafenbetriebsgesellschaft zu entfernen.

Nach der Neupflanzung von Bäumen und Büschen erfolgt die Wiederherstellung und Erweiterung der Grasflächen, auch am Deichansatz.

Dem folgt die Wegesanierung - Geländeranfertigung - Bänke und Mülleimer sind zu ersetzen. Teilweise müssen Bänke wegen der Fällung demontiert und danach wieder neu aufgestellt werden.

Die vorstehend aufgeführten Arbeiten werden schrittweise in den kommenden Monaten durchgeführt – je nach Verfügbarkeit der Bauhofmitarbeiter und Arbeitslage.

1.8 Sanierung der Lüftungsanlage in der Stadthalle

(1) Die vorhandene Kälteanlage zur Kühlung des großen Saales und des Foyers ist gemäß den vorliegenden Ergebnissen der durchgeführten Wartungsarbeiten nicht mehr betriebsicher. Hinzu kommt die fehlende Ersatzteilversorgung für die vorhandenen Kaltwassersätze.

Bemerkbar macht sich das Problem in der unzureichenden Kühlung bei Veranstaltungen in den Sommermonaten und der unzureichenden Heizleistung in kalten Wintermonaten.

(2) Bei der Begehung vor Ort und nach Sichtung der Bestandsunterlagen kam ein Fachplaner für Heizung-, Lüftung und Sanitärtechnik zu dem Ergebnis, dass das vorliegende Angebot eines Fachunternehmens für die Erneuerung der Kaltwassersätze, das sich auf ca. 150.000 Euro beläuft, keine Verbesserung zur Kühlung des Saales und des Foyers bringt.

Die Sanierung der Lüftungsanlage sowie den Einbau eines Blockheizkraftwerkes zur Abdeckung der unzureichenden Heizleistung beläuft sich nach der Schätzung des Fachplaners auf ca. 400.000,00 €.

(3) Aufgrund der sehr hohen Differenz wird ein neutrales Angebot des TÜV Hessen für die Sanierung der Lüftungsanlage eingeholt. Am 18.04.2012 fand die gemeinsame Begehung in der Stadthalle mit einem Diplom-Physiker des TÜV Hessen statt. Nach seiner Meinung rechtfertigt sich aus energetischen Gründen der Einbau eines Blockheizkraftwerkes. Das BHKW könnte die Heizgrundlast sowie einen Anteil des Stromverbrauchs abdecken. Der vorhandene Brennwertkessel wäre zur Abdeckung der Spitzenlast nachgeschaltet.

(4) Nach der Übergabe der Bestandsunterlagen fertigt der TÜV bis zum 30.04.2012 ein Angebot für die Bestandserfassung und ein Konzept für die Sanierung der Lüftungsanlage und den Einbau eines Blockheizkraftwerkes in mehreren Bauabschnitten an. Mit einer neutralen Wertung erwarten wir eine Präzisierung zu erwartenden Kosten.

1.9 Erneuerung der Trinkwasserleitungen in der Maria-Jockel-Kindertagesstätte

(1) Die vorhandenen Trinkwasserleitungen aus Kupferrohr, die in Bodenkanälen unter der Bodenplatte verlegt sind, müssen aufgrund drohender Undichtigkeiten durch Lochfraß außer Betrieb genommen werden.

(2) Es ist geplant, neue Trinkwasserleitungen aus Edelstahlrohr zu verlegen. Die Verlegung erfolgt – wie in der Dietrich Bonhoeffer-Kindertagesstätte – im Deckenhohlraum zwischen den Abhang- und Holzbalkendecken. Die Leitungen werden vom Warmwasserspeicher im Heizraum bis zu den Entnahmestellen in den Sanitärräumen und den Kinderküchen geführt. Aufgrund des Alters und den Kalkablagerungen ist auch der Warmwasserspeicher zu erneuern. Aus gleichen Gründen sind die Kindertoiletten und die Personaltoilette einschl. Spülkästen, Eckventilen und WC-Sitzen zu sanieren.

(3) Nach der Verlegung der Rohrleitungen über den vorhandenen Vorwandinstallationen der Toiletten und Waschtische in den Sanitärräumen werden die Leitungen mit feuchtigkeitsresistenten Gipskartonplatten verkleidet

und verfließt.

(4) Im Haushalt stehen Mittel in Höhe von Euro 72.000,00 Verfügung. Für die Realisierung des Bauvorhabens sind gemäß der aktualisierten Kostenschätzung des Fachplaners Mittel in Höhe von Euro 108.000,00 notwendig. Die Restmittel in Höhe von Euro 36.000,00 stehen im Budget 3 – Bauverwaltung zur Verfügung und werden durch Zurückstellungen anderer Maßnahmen kompensiert.

(5) Die Mehrkosten gegenüber der ursprünglichen Kostenschätzung von Mitte September 2011 resultieren daraus, dass es gemäß den Auflagen der Trinkwasserverordnung 2011 erforderlich ist, für die jährliche Beprobung des Trinkwassers eine neue Frischwasserstation mit Legionellenschaltung und zusätzliche Hygienespüleinrichtungen einzubauen.

(6) Nach Rücksprache mit der Leiterin der Kindertagesstätte ist geplant, die Baumaßnahme in den Sommerferien 2012 auszuführen.

1.10 Begehung des Gerätehauses der Feuerwehr Allmendfeld

(1) Für das Feuerwehrgerätehaus Allmendfeld wurden durch den TÜV verschiedene Mängel im Bereich der Fahrzeughalle aufgezeigt. Diese betrafen insbesondere die Spinde, die zu dicht bei den Fahrzeugen stehen. Die Dienstkleidung wird durch Ruß verunreinigt, der krebserregend sein kann.

(2) Am 19.03.2012 erfolgte mit Vertretern der Freiwilligen Feuerwehr Allmendfeld eine Begehung des Feuerwehrgerätehauses um festzustellen, durch welche Umbaumaßnahmen die Verkehrsfläche zwischen den Spinden mit der Einsatzbekleidung und den erforderlichen Stellflächen der Fahrzeuge vergrößert werden kann.

Im Rahmen der Begehung war darüber hinaus ein kurz- bis mittelfristiges Sanierungspotential im Bereich der Dächer der einzelnen Gebäudeteile, der Fassade sowie der Fenster augenscheinlich erkennbar.

Nur für die Presse:

- Die Dacheindeckung des Pultdaches ist anscheinend über der Fahrzeughalle stellenweise undicht. Es ist ein Wasserschaden an der abgehängten Decke erkennbar,
- die Welleternit-Dacheindeckung ist durch die Bewitterung/Alterung in einem angegriffenen Zustand,
- die Holzfenster sind durch die Bewitterung/Alterung in einem sehr schlechten Zustand, die Holztüren im Sockelbereich,
- an verschiedenen Stellen ist aufsteigende Feuchtigkeit im Bereich der Aufstandsflächen der Außenwände auf der Gründung zu erkennen; der Putz/Anstrich löst sich ab,
- augenscheinlich ist die Entwässerungssituation auf der Südseite zu überprüfen, da hier die Fassade bereits über veralgt / bemoost ist,
- die Dachdeckung mit Ziegelsteinen der WC-Anlage und des alten Spritzenhauses ist stark durch Frost und Moosbewuchs geschädigt; hier

besteht Handlungsbedarf.

- Die Entwässerungssysteme der Dächer sind teilweise zu überarbeiten.

(3) Zum Anbau eines eigenen Raums für die Spinde besteht die Möglichkeit, das Gebäude in Richtung der Freifläche vor dem Alten Rathaus zu erweitern. Die Flächen sind im Eigentum der Stadt, baurechtlich begeben einem Erweiterungsvorhaben keine Bedenken.

(4) Im Ganzen bleibt festzustellen, dass Anordnung, Zuordnung, Größe und Ausbildung der Räumlichkeiten nur bedingt dem heutigen Anforderungsprofil an ein Feuerwehrgerätehaus entsprechen. Zur Beheizung aller Gebäudeteile ist ein hoher Jahres-Primärenergiebedarf erforderlich.

Sämtliche Bauteile sind nicht oder sehr schlecht gedämmt.

Der Schlauchurm wird nicht mehr genutzt. Durch seine Lage ist er jedoch sehr raumgreifend und stellt eine nicht unerhebliche Kubatur dar, die zu unterhalten bleibt.

(5) Die Bauverwaltung will bis Jahresende 2012 eine Kostenschätzung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen erstellen. Gleichzeitig sollen alternativ die Kosten für einen möglichen Abbruch und die Neuerrichtung eines Feuerwehrgerätehauses in Leichtbauweise ermittelt und gegenübergestellt werden.

1.11 Dorferneuerung - Sanierung Altes Rathaus Allmendfeld

(1) Das Alte Rathaus Allmendfeld ist ein Schwerpunkt des städtebaulichen Entwicklungskonzepts im Rahmen des Dorferneuerungsprogramms. Das Konzept sieht eine Renovierung / Sanierung in drei Teilbereichen vor (Heizung, Fassadendämmung als Innendämmung, Nutzungsänderung EG). Das Konzept bezieht sich alleine auf den Innenteil des Gebäudes.

(2) Auf Basis dieser Vorschläge wurde versucht, ein Honorarangebot einschließlich der Außensanierung erstellen zu lassen. Zu diesem Zweck fand eine Begehung der zugänglichen Räumlichkeiten des Objektes statt, an der u. a. die Denkmalschutzbehörde und die Abteilung für Dorf- und Regionalentwicklung teilnahmen.

(3) Eine erste Begutachtung der Fassaden ergab verschiedene Schadensbilder durch unterschiedliche Ursachen. Alle Teilnehmer kamen nach dem ersten Eindruck zu dem Ergebnis, dass ohne weitere genauere Untersuchungen keine detaillierten, seriösen Kostenschätzungen abgegeben werden können. Insbesondere von der Denkmalschutzbehörde wurde die Hinzuziehung von anerkannten Bausachverständigen (Restaurator, Zimmermann, Steinmetz, Bauphysiker) empfohlen.

(4) Zwischenzeitlich kam es zu einer ausführlichen Begutachtung durch die Restauratorin. Zur besseren Ermittlung des Schadensbildes wurde auf der Südseite des Rathauses ein Gerüst erstellt.

Bei diesem Termin wurden zwei besonders geschädigte Gefache komplett herausgenommen und begutachtet.

Alle Gefache der Südfassade wurden auf Festigkeit überprüft. Bei einem Gefach konnte die Verputzfläche komplett in einem Stück ohne größeren Kraftaufwand

herausgenommen werden. Hier zeigte sich, dass der Verputz keine Verbindung zu den dahinterliegenden Lehmsteinen für die Fachausmauerung hatte. Es ist damit zu rechnen, dass witterungsbedingt nach und nach weitere Putzflächen der Gefache herausfallen können.

(5) Die Restauratorin wird nun zum festgestellten Schadensbild, und den in etwa zu erwarteten Sanierungskosten für die Außenfassade, ein entsprechendes Gutachten erstellen.

Insgesamt muss schon jetzt festgehalten werden, dass ein Schadensbild angetroffen wurde, das auf einen erheblichen Sanierungsbedarf schließen lässt. Von einer Komplettsanierung der vier Wohnungen (Unterbringung Mieter) muss schon heute ausgegangen werden.

Nach Vorlage des Schlussberichts der Restauratorin sollen sich die zu erwartenden Architektenleistungen ermitteln lassen. Alle Schritte sind wegen der generellen Förderfähigkeit von Planungsleistungen mit der Dorf- und Regionalentwicklung abzustimmen.

1.12 Fahrten zum Basinus-Bad nach Bensheim

Seit dem 13.03.2012 finden wöchentliche Busfahrten ins Basinus-Bad nach Bensheim statt. Die Teilnehmerzahl variierte zwischen 11 und 29. Das Alter der Teilnehmer lag zwischen 4 und 84 Jahren.

1.13 Umfahrung Klein-Rohrheim

(1) Im Ried-Echo vom 14. April 2012 war zu lesen, das Bundesverkehrsministerium habe die B44-Ortsumgehung Klein-Rohrheim in den Investitionsrahmenplan 2011 bis 2015 unter der Rubrik „Weitere wichtige Vorhaben“ aufgenommen. Ein Baubeginn sei nach 2015 anvisiert.

(2) Nach Rücksprache mit dem Büro unseres Bundestagsabgeordneten Dr. Franz Josef Jung sind dazu folgende Sachverhalte von Bedeutung:

Die Ortsumgehung Klein-Rohrheim steht im Bundesverkehrswegeplan nach wie vor unter der Rubrik „vordringlicher Bedarf“. Der Bundesverkehrswegeplan hat eine Laufzeit von 15 Jahren. Vom Bundesverkehrswegeplan ist der Investitionsrahmenplan zu unterscheiden. Der Investitionsrahmenplan hat eine Laufzeit von fünf Jahren. In ihm sind die Maßnahmen aufgeführt, für die tatsächlich Bundesmittel bereit gestellt werden sollen.

Da der Stadtteil bislang nicht im Investitionsrahmenplan aufgeführt war, ist die Aufnahme Klein-Rohrheims in diesen Plan zumindest als kleiner Erfolg zu werten.

(3) Gleichwohl möchte ich nicht verhehlen, dass wir in Gernsheim auf eine frühere Realisierung gehofft hatten und nach wie vor hoffen. Mit der Plangenehmigung ist in den nächsten Wochen zu rechnen.

Auf dem Weg zu dieser Plangenehmigung zeigten insbesondere die Flächeneigentümer ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft. Mit allen

Eigentümern wurden Besitzüberlassungsvereinbarungen geschlossen. Die Stadt Gernsheim hat eigene Flächen zum Tausch in das Verfahren eingebracht.

Diese nicht unerheblichen Vorleistungen wurden insbesondere deshalb getätigt, um das Verfahren zu beschleunigen und um auf ein zeitaufwändiges Planfeststellungsverfahren verzichten zu können.

Von Seiten des Amtes für Straßen- und Verkehrswesen wurde uns mehrmals - auch schriftlich - eine Bauausführung im Jahr 2013 in Aussicht gestellt.

(4) Nach erfolgter Plangenehmigung möchte ich selbst über den Bundestagsabgeordneten Dr. Jung Kontakt mit dem Bundesverkehrsministerium aufnehmen, um die Chancen zu erkunden, dass die Ortsumgehung Klein-Rohrheim noch vor 2015 gebaut werden kann.

Wenn der Hessische Wirtschaftsminister Posch verlautbart, die Chancen für die Ortsumgehung hätten sich verbessert, so deckt sich dies nicht mit unserer eigenen Einschätzung.

1.14 Gründung der Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim

(1) Zur beabsichtigten Gründung einer „Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim“ teilt uns der Landrat des Kreises Groß-Gerau als Kommunalaufsichtsbehörde mit Schreiben vom 16.04.2012 mit – ich zitiere auszugsweise:

... „dass Gemeindevermögen nur im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gemeinde und nur dann in Stiftungsvermögen eingebracht werden darf, wenn der mit der Stiftung verfolgte Zweck auf andere Weise nicht erreicht werden kann.“ ...

„Mit der Einbringung von Gemeindevermögen in eine Stiftung würde dieses Gemeindevermögen, im vorliegenden Fall in nicht unbeträchtlichem Umfang, der allgemeinen Haushaltswirtschaft entzogen und steht dieser somit nicht mehr für die allgemeine gemeindliche Aufgabenerfüllung zur Verfügung, wenn es ihr möglicherweise später für einen anderen dringenderen Bedarf fehlt.“ ...

„Hintergrund ist, dass das Gemeindevermögen grundsätzlich allen Gemeindebürgern zugute kommen soll. Dem widerspricht es Vermögensgegenstände in eine Stiftung einzubringen und sie dauerhaft der allgemeinen Haushaltswirtschaft zu entziehen.“ ...

„Da die Bürgerstiftung der Schöfferstadt Gernsheim gerade Vorhaben fördern soll, welche ‚nicht zu den regulären Aufgaben einer Kommunalverwaltung gehören‘ [also keine Pflichtaufgaben sind; d. Verf., erscheint mir nach derzeitiger Beurteilung die vorgesehene Einbringung von Gemeindevermögen aus den dargelegten Gründen für nicht zulässig.“ ...

1.15 Sitzungsplan der städtischen Gremien

Gemäß dem aus den Reihen der Stadtverordnetenversammlung geäußerten Wunsch wurden im Sitzungsplan für die städtischen Gremien die Antragsfristen, die jeweils zehn Tage vor der Sitzung liegen, mit einem „A“ vermerkt.

Soweit diese Fristen auf Samstag, Sonntage oder Feiertage fallen, bitten wir die Geschäftszeiten der Stadtverwaltung zu beachten und die Anträge entsprechend früher dem parlamentarischen Büro zuzuleiten. Maßgeblich sollte auch weiterhin das Datum des Eingangsstempels sein.

2 Bericht des Stadtverordnetenvorstehers

Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt teilt folgendes mit:

Auf den Tischen wurde Ihnen folgendes verteilt:

- Information des Hessischen Städtetages Nr. 4/2012
- Hessische Städte- und Gemeindezeitung Nr. 4.
- Je 1 Exemplar der Hessischen Kommunalverfassung für die F-Vorsitzenden sowie den Stadtverordnetenvorsteher
- Einladung des KSV 1947 e. V. Allmendfeld zum 28. Volksradfahren am 17.05.2012 zwischen 9:30 und 12:00 Uhr
- Zeitungsbericht in der FAZ vom 16.12.2011 i. S. Nachwuchswerbung für die Freiwillige Feuerwehren in Gernsheim, Allmendfeld und Klein-Rohrheim
- Einladung zur Bildungsexkursion zur Gedenkstätte Hadamar des Vereins Memor e. V. am Freitag, 04.05.2012
- Barwertvergleich bezüglich Errichtung und Betrieb der Kinderkrippe durch Kinderschutzbund vs. Stadt Gernsheim

1.

Schreiben Maritta Albrecht vom 10. April 2012:

Frau Albrecht erklärt darin mit Wirkung zum 15.05.2012 Ihren Austritt aus der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und die Niederlegung Ihres Fraktionsvorsitzes. Ihr Mandat als Stadtverordnete wird sie bis zum Ende der Legislaturperiode weiterhin ausüben.

2.

Inzwischen wurde mir durch die Fraktion mitgeteilt, dass für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Birgit Weinmann als Fraktionssprecherin und als Stellvertreter Herr Marco Piscopia bestimmt wurden.

3 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;

- 2. Änderung des Flächennutzungsplans
 - Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung "Industriegebiet Ost"
 - Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans "Die Grabenäcker"
- Vorlage: 0065/S/12

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung ermächtigt den Magistrat, die Bauleitplanverfahren zur

- 2. Änderung des Flächennutzungsplans
- Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Industriegebiet Ost“
- Vereinfachte Änderung des Bebauungsplans „Die Grabenäcker“

mit der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit (§ 3 Absatz 1 BauGB) durch eine dreiwöchige Auslegung der Planunterlagen zur Äußerung und Erörterung sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Absatz 1 BauGB) durchzuführen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
 Nein-Stimmen : -
 Enthaltung : -

- 4 Bauleitplanung der Schöfferstadt Gernsheim;**
- Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans "Östlich der Ringstraße - 1. Abschnitt" gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB)
 - Anordnung der Baulandumlegung gem. §§ 46 ff BauGB
- Vorlage: 0068/S/12

BESCHLUSS:

Beschluss zu 1:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung eines Bebauungsplans mit der Bezeichnung „Wohnanlage östlich der Ringstraße – 1. Abschnitt“. Ziel des Bebauungsplanverfahrens soll die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Festsetzung eines Allgemeinen Wohngebietes nach § 4 der Baunutzungsverordnung sein.

Beschluss zu 2:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Grund des § 46 Baugesetzbuch vom 23. September 2004 (BGBl. I Nr. 52), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1509), die Anordnung der

Baulandumlegung für das Gebiet Gernsheim „Wohnanlage östlich der Ringstraße - 1. Abschnitt“
zum Zwecke der Erschließung von neuem Bauland. Als Umlegungsstelle wird der Magistrat eingesetzt.

Die Abstimmung über die Ziffern 1. und 2. erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Ziffer 1.: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Ziffer 2.: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

5 Gewährung eines Investitionszuschusses an den Deutschen Kinderschutzbund Ried e.V.; hier: Neubau einer Kinderkrippe/Kinder- und Familienzentrum Vorlage: 0073/S/12

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Deboy für die SPD-Fraktion mit, dass seitens der SPD-Fraktion noch einige Fragen offen sind. Er beantragt, die Beschlussfassung über diese Vorlage in die nächste Sitzungsrunde im Mai zu schieben. So hätten alle Fraktionen die Gelegenheit, bis 30.04.2012 Fragen einzureichen, die bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beantwortet werden sollen.

Herr Weckerle (GuD) bittet darum, über die vorliegende Vorlage abzustimmen, damit die Angelegenheit nicht unnötig verzögert wird.

Herr Bürgermeister Burger erläutert den Barwertvergleich bezüglich der Errichtung und Betrieb der Kinderkrippe durch den Kinderschutzbund vs. Stadt Gernsheim (der Barwertvergleich Kinderkrippe wurde allen Damen und Herren der Stadtverordnetenversammlung sowie des Magistrats in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 24.04.2012 verteilt).

Frau Weinmann (Bündnis 90/Die Grünen) beantragt eine Sitzungsunterbrechung, die von 20:35 bis 21:00 Uhr andauert.

Nach der Sitzungsunterbrechung teilt Herr Kaspar für die CDU-Fraktion mit, dass die CDU-Fraktion heute einer Verschiebung der Vorlage 0073/S/12 auf die nächste Sitzungsrunde zustimmen wird, damit alle offenen Fragen geklärt werden können. Bei der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird die CDU-Fraktion aufgrund der von Herrn Bürgermeister Burger gegebenen

Informationen zustimmen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über eine Verschiebung der Vorlage 0073/S/12 in die nächste Sitzungsrunde: Zustimmung

Ja-Stimmen : 24 (12 CDU, 5 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD, 1 FWG, 1 FDP)
Nein-Stimmen : 4 (GuD)
Enthaltung : -

Herr Weckerle (GuD) verlässt gemäß Absprache mit Herrn Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt die Sitzung.

**6 Bürger-Solarstromanlage "Regenrückhaltebecken Heidelberger Straße" hier: Prüfantrag der Fraktion GuD vom 15.03.2012 sowie Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion vom 29.03.2012
Vorlage: 0067/S/12**

Seitens der Fraktion GuD wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

Prüfantrag der Stadtverordneten an den Magistrat

Bürger-Solarstromanlage „Regenrückhaltebecken Heidelberger Straße“

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird gebeten zu prüfen:

1. Welche Voraussetzungen müssen ggf. gegeben sein/erfüllt werden, damit die Fläche des Areals „Regenrückhaltebecken Heidelberger Straße“ zum Errichten und Betreiben einer Photovoltaik-Solaranlage genutzt werden kann?
2. Wie groß wäre die für die Solaranlage nutzbare Fläche?
3. Wie viel kWp könnten ca. auf der Fläche gemäß 2. installiert werden?
4. Welche Investitionskosten würde eine solche Anlage voraussichtlich erfordern?
5. Welche Pachteinnahmen bzw. Ergebnisbeteiligung könnte die Schöfferstadt Gernsheim voraussichtlich jährlich erzielen, wenn die Investition und der Betrieb der Solaranlage von einer Bürgergenossenschaft übernommen werden?
6. Welchen Zeitraum veranschlagt der Magistrat von der Antwort auf diese Punkte bis zum Klären eventuell offener Punkte und damit der Voraussetzungen zum Start eines solchen Projektes?
7. Welche weiteren städtischen Gelände- oder Dachflächen stehen in Gernsheim zur Verfügung bzw.: können ggf. aufbereitet werden, um zusätzlich für Bürger-Solaranlagen zur Verfügung gestellt zu werden? In die Prüfung sollen der Lärmschutzwall und andere Flächen, die nicht zum Bebauen vorgesehen sind aber die rechtlichen Voraussetzungen erfüllen, mit einbezogen werden.

Des weiteren wird seitens der FWG-Fraktion folgender Ergänzungsantrag zum Prüfantrag vorgelegt:

„Wir bitten Sie zu dem Prüfantrag der GUD noch folgende Punkte hinzuzuziehen:

Welche Gebäude der Stadt Gernsheim können für sogenannte Klein- bzw. Leichtwindkraftanlagen genutzt werden?“

In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird seitens der CDU-Fraktion folgender Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion vorgelegt:

„Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Bezug nehmend auf die Ausführungen von

- Herrn Bürgermeister Burger in der vergangenen Sitzungsrunde zum Thema „Energiegewinnung mit Hilfe von kleinen Windrädern“,
- Herrn Stadtverordneten Fetsch im Ausschuss für ULF am 18.04.2012 und
- auf die Vorlage der FWG-Fraktion (0067/S/12) vom 27.03.2012

beantragt die CDU-Fraktion zu prüfen, ob es wirtschaftlich sinnvoll und bautechnisch machbar ist, außerhalb der Wohnbebauung auf städtischem Gelände z. B. im Bereich der Kläranlage, im Bereich des Bauhofes, im Bereich des Feuerwehrstützpunktes, beim Wasserwerk Leichtwindanlagen zu installieren.“

Wie bereits im Ausschuss für Umwelt, Land- und Forstwirtschaft beantwortet Herr Bürgermeister Burger in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Fragen, die seitens der Fraktion GuD in ihrem Antrag gestellt wurden.

Nach den Ausführungen wird der Antrag seitens der Fraktion GuD als erledigt erklärt.

Der Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion vom 27.03.2012 ist durch den Änderungsantrag der CDU-Fraktion vom 24.04.2012 ebenfalls erledigt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Ergänzungsantrag der FWG-Fraktion : Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

7 Städtebauliche und baurechtliche Beplanung der Rheinstraße von der Wormser Straße bis zum Fährhaus und der Schifferstraße von Fährhaus bis zur Hafenspitze hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012 Vorlage: 0071/S/12

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird im Hinblick auf die Vorbereitungen des HH-Planes 2013 und der folgenden Jahre gebeten die städtebauliche Entwicklung für die oben genannten Bereiche zu beplanen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zu zuleiten. Dabei sind u.a. zu berücksichtigen:

- Verkehrsführungen zur Fähre bis hin zur Hafenspitze
- die bauliche Gestaltung der Gehwege
- die Parkplatzsituationen vor dem Sportlerheim und im Vorflutgelände einschließlich der vor dem Europagarten
- die Abgrenzung des Festplatzgeländes zur Verkehrsfläche
- die Areale Fischerfesthaus, Fischerfesthalle, Kiosk-Fährstübchen, öffentliche WC-Anlage, städtische Liegenschaft Schifferstraße 34, Wasser- und Schifffahrtsdirektion, Hotel Rheingold, Betriebsgebäude der ehemaligen Fa. Laufer und Hofmann, Wasserschutzpolizei etc.

Eine von privater Seite in Auftrag gegebene Studie über die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Bereiches sollte in die Überlegungen mit einbezogen werden; ebenso die Studie von Herrn Bornhofen über die Verkehrssituation in diesem Gebiet.

Seitens der SPD-Fraktion wird in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung folgender Änderungsantrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Änderungsantrag zum Antrag 0071/S/12 der CDU-Fraktion zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zeitnah auf die Erstellung eines integrierten Gestaltungskonzepts hinzuwirken, das die Gebiete

- „Hafengebiet“ (siehe entsprechender Bebauungsplan),
- Freizeitgärten „Am Himmeschling“ (siehe entsprechender Bebauungsplan),
- „Westlich der B44“ (hier: Südgrenze der Planungen = Pfälzer Straße, siehe entsprechender Bebauungsplan) und
- Magdalenenstraße (hier: Ostgrenze der Planungen = Wallstraße)

umfasst und von der Technischen Universität Darmstadt im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes von entsprechenden Fachbereichen (Architektur, Bauingenieurwesen und Geodäsie, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften) realisiert wird.

Ziel ist, eine stärkere Verknüpfung von Hafengebiet und Innenstadt zu erreichen.

Im Rahmen der Aussprache bittet Herr Trommer (GuD) darum, dass die Erstellung eines Gestaltungskonzepts durch die Technische Universität Darmstadt kostenfrei erfolgen sollte. Weiterhin fragt er an, ob der Antrag der

SPD-Fraktion als Ergänzung zum Prüfantrag der CDU-Fraktion zu sehen ist. Herr Deboy teilt für die SPD-Fraktion mit, dass die Ergänzungen in den Prüfantrag der CDU-Fraktion einfließen sollen.

Herr Bürgermeister Burger teilt mit, dass die Gutachterkosten im Haushalt 2012 bereits eingestellt sind.

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Prüfantrag der CDU-Fraktion:
Zustimmung**

Ja-Stimmen : 23 (12 CDU, 5 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FWG, 1 FDP,
3 GuD)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 4 (Bündnis 90/Die Grünen)

**ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion:
Zustimmung**

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**8 Nachwuchswerbung für die Freiwilligen Feuerwehren in Gernsheim,
Allmendfeld und Klein-Rohrheim
hier: Prüfantrag der CDU-Fraktion vom 22.03.2012
Vorlage: 0072/S/12**

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

Der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim wird in Zusammenarbeit mit den freiwilligen Feuerwehren gebeten zu prüfen, ob es auf Grund der derzeitigen HH-Lage finanziell möglich ist, z. B. städtische Fahrzeuge durch entsprechende äußere Gestaltung werbewirksam für die Nachwuchsgewinnung der Freiwilligen Feuerwehren einzusetzen. Andere alternative werbewirksame Initiativen sind ebenfalls zu nutzen.

In der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wird seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgender Ergänzungsantrag zum Prüfantrag vorgelegt:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragt, dass sich auch die im Jahr 2009 gebildete Arbeitsgruppe FFW (siehe Protokoll der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 03.06.2009) mit der Thematik befasst und in einer der nächsten Sitzungen über die in der Vergangenheit getätigten, sowie der zukünftig geplanten Aktivitäten zur Nachwuchsgewinnung der Freiwillige Feuerwehr der Schöfferstadt Gernsheim berichtet.

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Hillerich für die Freiwillige Feuerwehr

Allmendfeld mit, dass ein Zusammentreffen der Arbeitsgruppe nur einmal am 13.01.2010 stattgefunden hat und es dann keine weiteren Treffen gegeben hat.

Auch in den Sitzungen der Brandschutzkommission und in den Jahreshauptversammlungen ist die Nachwuchswerbung ein Dauerthema. Es wurden einige Versuche gestartet in der Form, dass Jugendliche eines bestimmten Alters angeschrieben wurden. Auch diese Aktion hat nicht zum großen Erfolg geführt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Prüfantrag der CDU-Fraktion: Zustimmung

Ja-Stimmen : 26 (12 CDU, 4 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD, 1 FWG, 1 FDP, 3 GuD)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

9 Wohnmobilparkplatz an der Wiese vor der Wasserschutzpolizei hier: Prüfantrag der FWG-Fraktion vom 27.03.2012 Vorlage: 0080/S/12

Seitens der FWG-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten Sie, zu prüfen, ob die Wiese vor der Wasserschutzpolizei in Gernsheim als Wohnmobil-Parkplatz geeignet ist. Durch das Fischerfest ist die Infrastruktur für Strom und Wasseranschluss schon gegeben und wird nur. ca. 3 Wochen im Jahr genutzt. Natürlich sollte bei Genehmigungen des Parkplatzes eine Sperrung dessen, für eine angemessene Zeit vor und nach dem Fife gemacht werden, um Überschneidungen durch die Nutzung der Schausteller zu vermeiden. Man könnte durch die Wohnmobilparkplatz-Ausweisung touristisch die Stadt Gernsheim bewerben und die Gastronomie und Geschäftswelt der Stadt Gernsheim beleben.

Im Rahmen der Aussprache im Bauausschuss am 18.04.2012 bat Herr Bürgermeister Burger darum, den Antrag zu konkretisieren. Zu bedenken wäre, wie mit der Hafenspitze umgegangen werden soll, ob Gebühren für die Nutzung des Wohnmobilparkplatzes erhoben werden sollen. Wie hat man sich die Beseitigung des anfallenden Mülls vorgestellt?

Herr Kaspar gab in der Bauausschuss-Sitzung zu bedenken, dass von der Brücke über dem Winkelbach eine Gefahr durch herab fallende Steine ausgeht.

Herr Vorsitzender Rudolf Schmitt schlug am 18.04.2012 vor, den Prüfantrag in die für 24.04.2012 terminierte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu verschieben. Seitens der FWG-Fraktion werden dann entsprechende nähere Erläuterungen gegeben bzw. der Antrag modifiziert vorgelegt.

Da in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung kein modifizierter Antrag seitens der FWG-Fraktion vorgelegt wurde, schlägt Herr Stadtverordnetenvorsteher Manfred Schmitt den Antragstellern vor, den Antrag zurückzustellen und modifiziert in der nächsten Runde vorzulegen.

Dem Vorschlag wird seitens des Antragstellers einvernehmlich zugestimmt.

Eine formelle Abstimmung erfolgt nicht.

**10 Verbesserung der Gesamtsituation Kindertageseinrichtungen in der Schöffersstadt Gernsheim
hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012
Vorlage: 0081/S/12**

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, einen Gesamtmaßnahmenplan (Was? soll bis wann? und von wem? umgesetzt werden?) zur Verbesserung der Situation in den Kindertageseinrichtungen der Schöffersstadt Gernsheim.

Des weiteren wird seitens der Fraktion GuD folgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

Zusätzlich zum Gesamtmaßnahmenplan bzw. vor dessen Erstellung sollen die bereits vorliegenden Praxiserfahrungen der vergleichbaren Kommune Büttelborn mit dem „Modulsystem“ erfragt und einbezogen werden. Ein auskunftsfähiger Mitarbeiter, z. B. der Fachbereichsleiter Kinder- und Jugendförderung in der Gemeinde Büttelborn, Herr Loos, soll in einer Informationsveranstaltung vor den Ausschussmitgliedern JKSS und evtl. allen anderen Stadtverordneten darüber referieren und Fragen beantworten.

Seitens des Bürgermeisters sowie der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass es aus Zeitgründen nicht mehr möglich ist, die Informationsveranstaltung noch vor der Sommerpause durchzuführen. Dies insbesondere deshalb, da beabsichtigt ist, die neuen Zeit- und Gebührenmodelle zum 01.09.2012 einzuführen. Hierbei handelt es sich um den Zeitpunkt des neuen Kindertagesstättenjahres. Eine spätere Einführung der neuen Zeit- und Gebührenmodelle würde die Folge haben, dass die Eltern dann innerhalb des Kindertagesstättenjahres unter

Umständen zu einer Änderung des ausgewählten Zeitmodelles gezwungen wären, da derzeit noch nicht beurteilt werden kann, wie sich das Anmeldeverhalten der Eltern ab Herbst 2012 gestaltet. Des Weiteren sind die Abläufe in den Kindertageseinrichtungen entsprechend auszurichten, beispielsweise die Arbeitszeiten der Erzieherinnen an die Öffnungszeiten anzupassen sowie auch Umstrukturierungen der Kindertagesstättengruppen, was sich aber erst nach der Entscheidung der Eltern für ein bestimmtes Zeitmodell gestalten lässt.

Herr Bürgermeister Burger schlägt vor, die gestellten Fragen vorab mit der Gemeindeverwaltung Büttelborn zu klären und die Stadtverordneten rechtzeitig vor der Entscheidung über die neuen Zeit- und Gebührenmodelle hierüber zu informieren.

11 Erarbeitung eines Kinderschutzburgenprogramms und Kinderstadtplans hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 Vorlage: 0082/S/12

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Zu einer Sondersitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales werden der Stadtjugendpfleger Herr Mike Schumann, Vertreter der Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung, der Kirchengemeinden, der Grundschule und dem Kinderschutzbund eingeladen, um sich über das Kinderschutzburgenprogramm zu informieren und ein entsprechendes Konzept auf den Weg zu bringen. Ein Referat (z. B. des Projekts Schutzburgen oder Vertreter aus Nachbarkommunen, die an dem Projekt bereits teilnehmen) ist hierzu einzuladen. Weiterhin sollen die Voraussetzungen für einen zu erarbeitenden Kinderstadtplan geschaffen werden.

Im Rahmen der Aussprache bittet Frau Weinmann (Bündnis 90/Die Grünen) darum, auch noch Vertreter der Förderschule sowie der Sekundarstufe zu einer Sondersitzung einzuladen.

Frau Wolter (GuD) bittet darum, Vertreter von Kindertagesstätten ebenfalls einzuladen.

Den beiden Vorschlägen wird einvernehmlich zugestimmt.

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lautet nun wie folgt:

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Zu einer Sondersitzung des Ausschusses für Jugend, Kultur, Sport und Soziales werden der Stadtjugendpfleger Herr Mike Schumann, Vertreter der Wirtschafts- und Verkehrsvereinigung, der Kirchengemeinden, der Grundschule, der Förder- und Sekundarstufe sowie der Kindertagesstätten und dem Kinderschutzbund

eingeladen, um sich über das Kinderschutzburgenprogramm zu informieren und ein entsprechendes Konzept auf den Weg zu bringen. Ein Referat (z. B. des Projekts Schutzburgen oder Vertreter aus Nachbarkommunen, die an dem Projekt bereits teilnehmen) ist hierzu einzuladen. Weiterhin sollen die Voraussetzungen für einen zu erarbeitenden Kinderstadtplan geschaffen werden

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

12 Jährlicher Tätigkeitsbericht des Kulturamtes hier: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.03.2012 Vorlage: 0083/S/12

Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Der Magistrat wird beauftragt, jährlich vor der Sommerpause einen Tätigkeitsbericht des Kulturamtes im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales abzugeben. Zu der jeweiligen Sitzung sind alle Stadtverordneten einzuladen. Der Tätigkeitsbericht soll Informationen über die Veranstaltungen in der Stadthalle, Schöfferhaus oder Freiluftveranstaltungen (z.B. Kerb, Weihnachtsmarkt), liefern. Das Kulturamt soll für die jeweiligen Veranstaltungen: Kosten, Erlöse, Besucherzahlen und sonstige wichtige Eckdaten zusammenstellen dem Ausschuss vortragen und den Stadtverordneten in schriftlicher Form zukommen zu lassen. Darüber hinaus soll ein Ausblick auf geplante kulturelle Veranstaltungen und Aktionen gegeben werden.

Die jährlichen Tätigkeitsberichte über die Ferienspiele und die Seniorenfahrt sollen ebenfalls im Rahmen des Tätigkeitsberichts des Kulturamtes erfolgen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

13 Beteiligung der Stadt Gernsheim am Projekt "Stolpersteine" hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.04.2012 Vorlage: 0084/S/12

Seitens der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Antrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gernsheim wird gebeten, zu beschließen:

- Die Stadt Gernsheim beteiligt sich am Projekt „Stolpersteine“, das die Erinnerung an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Zigeuner, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer im Nationalsozialismus lebendig erhält.
 - Die Stolpersteine sollen vor den letzten frei gewählten Wohn- und Arbeitsstätten der NS-Opfer im Stadtgebiet verlegt und niveaugleich im Pflaster des Gehwegs eingelassen werden.
 - Der Magistrat wird beauftragt, mit den hiesigen Heimat- und Geschichtsvereinen Kontakt aufzunehmen, um die Daten (wenn nicht schon bereits vorhanden) zu erarbeiten, die zur Beschriftung entsprechender „Stolpersteine“ benötigt werden.
 - Die Stadt übernimmt die Kosten für den ersten „Stolperstein“ und dessen Verlegung. Weiterhin fordert die Stadtverordnetenversammlung die Parteien, Vereine und alle Einwohnerinnen und Einwohner auf, weitere „Stolpersteine“ zu spenden.
- Dieses Projekt soll solange angelegt werden, bis vor jedem Haus ein „Stolperstein“ liegt, in dem ehemalige Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnten, welche in der Zeit des Faschismus deportiert wurden.

Des Weiteren wird seitens der Fraktion GuD folgender Ergänzungsantrag vorgelegt.

Die Abstimmung über diesen sehr begrüßenswerten Antrag wird auf die Stadtverordnetenversammlung Mai vertagt. Zuvor erhalten die Stadtverordneten die Gelegenheit, sich am 10. Mai zur Ausschusssitzung JKSS bei der anberaumten Informationsveranstaltung umfassend über das besondere Kunstprojekt „Stolpersteine“ kundig zu machen.

Im Rahmen der Aussprache im Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales am 19.04.2012 teilte Herr Bürgermeister Burger mit, dass Herr Vorndran in der Ausschuss-Sitzung des Jugend, Kultur, Sport und Soziales am 10.05.2012 diesbezüglich referieren wird.

Frau Birgit Weinmann und Herr Bastian Schäfer waren damit einverstanden, dass die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag erst nach dem Vortrag von Herrn Vorndran am 10.05.2012 erfolgen wird.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion GuD ist nach den Ausführungen durch Herrn Bürgermeister Burger erledigt.

**14 Nichtverkauf der Nassauischen Heimstätte
hier: Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 03.04.2012
Vorlage: 0085/S/12**

Seitens der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird folgender Resolutionsantrag vorgelegt:

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bitten die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung in Gernsheim lehnt die Pläne der Hessischen Landesregierung, die Wohnungsbaugesellschaft "Nassauische Heimstätte" zu verkaufen, entschieden ab. Wohnen ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Die Versorgung der Menschen mit bezahlbarem Wohnraum gehört zu den wichtigen Infrastrukturleistungen des Landes und die Nassauische Heimstätte ist dafür ein wichtiger Partner.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, gegebenenfalls unter Einschaltung der kommunalen Spitzenverbände, bei der Hessischen Landesregierung gegen die Verkaufsabsicht zu protestieren.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Ablehnung bei Stimmgleichheit

Ja-Stimmen : 13 (4 Bündnis 90/Die Grünen, 5 SPD, 1 FWG, 3 GuD)
Nein-Stimmen : 13 (12 CDU, 1 FDP)
Enthaltung : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

15 Vermarktung von Grundstücken über das Internet hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012 Vorlage: 0086/S/12

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:
Der Magistrat wird gebeten, die zukünftige Vermarktung von städtischen Grundstücken sowie neuen Wohn-, Misch-, Gewerbe- und Industriegebieten auch über das Internet zu betreiben. Zu präferieren ist hier das Portal „wunschgrundstück.de“.

Im Rahmen der Aussprache im Bauausschuss am 18.04.2012 teilte Herr Bürgermeister Burger mit, dass der Antrag eigentlich erledigt ist, da seit März 2012 die Stadt Gernsheim über das Internet bereits unter www.kip-hessen.de sowie www.wunschgrundstück.de mit einem Standortmarketing vertreten ist.

Herr Bürgermeister Burger teilt in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung mit, dass sich die jährlichen Kosten auf Euro 861,00 belaufen.

Nach den Ausführungen des Bürgermeisters erklärte Herr Jan Deboy für die SPD-Fraktion den Antrag als erledigt.

16 Digitaler Flächennutzungsplan
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 23.03.2012
Vorlage: 0087/S/12

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

Die SPD-Fraktion bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Flächennutzungsplan für die Gemarkung Gernsheim einschließlich der Erläuterungen in digitaler Form – beispielsweise als PDF – der Öffentlichkeit über die Homepage der Stadt Gernsheim zur Verfügung zu stellen.

Bereits im Bauausschuss am 18.04.2012 teilte Herr Bürgermeister Burger mit, dass der Flächennutzungsplan auf der Homepage der Schöfferstadt Gernsheim zur Verfügung gestellt wird, sobald die neue Homepage der Stadt Gernsheim aktiviert wird.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

17 Nutzung des Vortragsraumes im Peter-Schöffer-Haus als Trauzimmer
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2012
Vorlage: 0089/S/12

Seitens der CDU-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt.

Die CDU-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Alternativ können sich zukünftige Eheleute zwischen einer Trauung im Bürgersaal des Stadthauses und einer Trauung im Vortragsraum des Peter-Schöffer-Hauses entscheiden, sofern in diesem Vortragsraum keine andere Belegung Vorrang hat. Die erforderlichen Einrichtungen (z.B. Schreibtisch für den Standesbeamten/der Standesbeamtin) sind aus Mitteln des laufenden HH-Planes zu ergänzen. Darüber hinaus ist eine Nutzungs- und Gebührenordnung für dieses alternative Angebot durch den Magistrat zu erarbeiten.

Des weiteren wird seitens der Fraktion GuD folgender Erweiterungsantrag vorgelegt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten zu beschließen:

1. Zusätzlich zur beantragten Nutzung des Vortragsraumes als Trauzimmer wird der Magistrat der Schöfferstadt Gernsheim beauftragt, geeignete Regelungen zur effizienteren und vielfältigeren Nutzung des Mehrzweckraums im Erdgeschoss des Schöfferhauses zu erarbeiten.
2. Die Nutzung soll begrenzt werden auf Veranstaltungen, die im öffentlichen Interesse stehen. Diese Veranstaltungen sollen museal-kulturellen, völkerverständigenden, die Geschichte erklärenden und weiteren Bildungszwecken dienen.
3. Vermietungen und Überlassungen ausschließlich zu solchen Zwecken, die dem öffentlichen Nutzungsinteresse dienen, sind zu genehmigen.
4. Der Magistrat erarbeitet Vergaberegeln und legt der Stadtverordnetenversammlung einen Regelungskatalog zur Überlassung vor.
5. Dieser Regelungskatalog und die damit verbundene Überlassung des Vortragsraumes wird probeweise und befristet für ein Jahr in Kraft gesetzt.
6. Zeitnah vor Ablauf des Jahres berichtet der Magistrat über Erfahrungen beider Überlassungen. Dabei sollen Änderungen des Regelungskatalogs erörtert und eine dauerhafte Regelung gemeinsam im Stadtparlament erarbeitet werden.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Antrag der CDU-Fraktion: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
 Nein-Stimmen : -
 Enthaltung : -

ABSTIMMUNGSERGEBNIS über den Ergänzungsantrag der Fraktion GuD: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
 Nein-Stimmen : -
 Enthaltung : 2 (CDU)

18 Anfragen

Für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung liegt folgende Anfrage vor:

Die SPD-Fraktion bittet den Magistrat der Stadt Gernsheim Auskunft zu erteilen, ob Beschwerden oder Hinweise aus der Bürgerschaft hinsichtlich der Fluglärmbelästigung vorliegen.

Antwort:

Seit der Inbetriebnahme der neuen Landebahn Nord-Ost auf dem Flughafen Rhein-Main sind beim hiesigen Ordnungsamt keine Beschwerden hinsichtlich Fluglärms eingegangen.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stadtverordnetenvorsteher

Für die CDU-Fraktion

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Für die SPD-Fraktion

Für die Fraktion GuD

Für die FWG-Fraktion

Für die FDP

Schriftführerin